



Nr. 2

12. Januar 2024

Inhalt

dbb Jahrestagung 2024

[Silberbach: Vertrauen in den Staat muss wiederhergestellt werden](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Finanzministerium zum Tarifergebnis: Auszahlung wird vorbereitet](#)

Niedersachsen

[Besoldungsgespräche mit der Landesregierung stehen bevor](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Erster Streik bei RTB CARGO](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Jahrestagung 2024

Silberbach: Vertrauen in den Staat muss wiederhergestellt werden**Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Dienst gefordert. Ein schwacher Staat gefährde die Demokratie.**

Laut Umfragen gehen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Der dbb Chef machte zum Auftakt der dbb Jahrestagung am 8. Januar 2024 in Köln deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten!“ Zur Finanzierung müssten „alle Staatsausgaben auf den Tisch, alles muss geprüft werden. Ob darüber hinaus die Schuldenbremse neu justiert oder neue Sondervermögen auf den Weg gebracht werden müssen, sei dahingestellt. Klar ist für mich: Es muss investiert werden.“ Beispielhaft nannte Silberbach mehr Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur. Seit der Gründung der Bundesrepublik habe es noch nie einen so großen Investitionsstau gegeben.

Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des dbb hat gezeigt, dass die Bürgerferne der Politik für 64 Prozent der Bevölkerung eine der größten Gefahren für die Demokratie ist. Um das Vertrauen sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch gerade der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Staat wiederherzustellen, sei daher auch ein Wandel in der politischen Kultur notwendig. Silberbach: „Zur Wahrheit über den Vertrauensverlust gehört für mich nämlich auch, dass es oft gar nicht die konkreten Entscheidungen in Sachfragen sind, die die Menschen erschüttern, sondern das Gefühl, dass es viele Verantwortliche nicht allzu genau nehmen mit der Achtung vor dem Rechtsstaat. Verfassungswidrige Besoldung, verfassungswidrige Haushalte, immer mehr von Karlsruhe kassierte Gesetze... jede Nachwuchskraft im öffentlichen Dienst fragt sich doch, ob sie in der Ausbildung etwas verpasst hat, was da lautet ‚kreativer Umgang mit dem Recht‘.“

Auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung ist für den dbb Chef eine Ursache für den verbreiteten Frust in der Bevölkerung: „Menschen, die mit digitalen Verwaltungsangeboten zufrieden sind, bewerten auch die Leistungsfähigkeit des Staates höher – da sind wir wieder beim Punkt ‚Vertrauen‘. Allerdings halten Deutschland aktuell nur 3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung für gut aufgestellt.“ Hier erwarte er endlich Fortschritte, denn die Probleme

seien alle längst bekannt. „An den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird es jedenfalls nicht scheitern“, stellte Silberbach klar. „Ganz im Gegenteil: Die Kolleginnen und Kollegen sehen in erster Linie die Chancen für ihre Arbeit. Digitalisierung ist natürlich nicht per se besser, wenn sie schlecht umgesetzt wird. Sie ist aber ein Gewinn, wenn sie für die Beschäftigten wirklich zu einer Arbeitserleichterung führt und damit Personalressourcen für andere Aufgaben frei werden.“

Bernd Krösser, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, der die zuständige Ministerin Nancy Faeser vertrat, hat die Leistung des öffentlichen Dienstes in Deutschland gewürdigt. „Für ihre Arbeit im Dienst der Menschen überbringe ich den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Dank der gesamten Bundesregierung“, sagte Krösser in seiner Rede. Der Staatssekretär wies zudem darauf hin, dass beim Bund zuletzt enorm viele Stellen geschaffen wurden, gerade im Bereich der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Arbeit für den Staat sei auch weiterhin für Nachwuchs- und Fachkräfte attraktiv, zeigte sich Krösser überzeugt. Trotzdem wolle der Bund bei Aus- und Fortbildung sowie Digitalisierung noch mehr tun und besser werden. Eine Absage erteilte Krösser dagegen der Forderung nach der generellen Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes, weil diese die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschränken würde.

Mit Blick auf das Thema der dbb Jahrestagung („Starker Staat - wehrhafte Demokratie“) sagte Krösser, dass die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt praktisch permanent im Krisenmodus arbeite. Dies prägte auch das Gefühl der Bevölkerung, dass die Zukunft unsicherer werde. „Diese Unsicherheit ist schwierig für die Demokratie, weil die Menschen nach Orientierung suchen“, so der Staatssekretär. Gleichzeitig nehme die Diversität der Interessen in der Gesellschaft zu, was die Gesetzgebung schwieriger mache. „Deshalb sind von uns alle – auch den Interessenvertretungen – mehr Kompromisse gefragt.“

Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat bei der dbb Jahrestagung

ebenfalls für einen handlungsfähigen Staat erworben. „Wir brauchen einen starken öffentlichen Dienst. Denn auf den ist auch in Krisen Verlass“, sagte Wüst insbesondere mit Blick auf das Hochwasser in den letzten Wochen. Ehrenamtliche und professionelle Helfende hätten gemeinsam mit den Betroffenen erfolgreich zusammengearbeitet, das habe gezeigt: „Der Zusammenhalt stimmt.“ Auch in der Silvesternacht sei es den Einsatzkräften gelungen, die Zahl der Straftaten niedrig zu halten. „Wir können dankbar sein, dass die Rettungskräfte und speziell die Polizei einen so guten Job gemacht haben.“

Das Wort des Jahres 2023 sei für ihn „Krisenmodus“, so Wüst. Die zahlreichen nationalen wie internationalen Krisen seien für alle, vor allem aber für Politik und öffentlichen Dienst, eine stetige Herausforderung gewesen. Staatliche Strukturen, neben den Verwaltungen insbesondere Schulen und Kitas, arbeiteten „am Limit“, betonte Wüst. 340.000 Menschen seien beispielsweise im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden. „Alle sagen, ‚Wir sind am Limit.‘ Es ist entscheidend, dass wir uns nicht selbst überfordern. Deshalb muss beispielsweise Migration besser gesteuert werden“, so der Ministerpräsident.

Um für zukünftige Aufgaben gerüstet zu sein, müsste der öffentliche Dienst gestärkt und für Nachwuchskräfte attraktiver gemacht werden. Neben einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehe für ihn in NRW eine Reform des Laufbahnrechts im Mittelpunkt. „Wir brauchen auch eine bunte Mischung von Kompetenzen in den Behörden“, betonte Wüst. Nur so könne Deutschland seine Aufgaben erfüllen und etwa Vorbild sein bei der Verbindung von Klimaschutz und Wohlstand. Auch für eine Reform des Planungsrechts machte Wüst sich stark: „Dieses Jahr muss das Jahr der Umsetzung sein. Deswegen brauchen wir

diese Marscherleichterung.“

Künstliche Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst revolutionieren. Welche Rahmenbedingungen notwendig sind, diskutierten renommierte Fachleute auf der Jahrestagung des dbb in Köln.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sprach in seinem Impulsvortrag darüber, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst revolutionieren wird. Sie könne die Beschäftigten von Routinearbeiten entlasten, damit sie sich bei ihrer Arbeit auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren können. Das sei mit Blick auf die gesamte Wirtschaft wichtig für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Beispielsweise sei auch in der Pflege konkrete Entlastung möglich, etwa durch den Einsatz von Spracherkennungssoftware in der Dokumentation, unterstrich Heil in seinem Impulsvortrag. Zudem könne KI Arbeit sicherer machen, etwa, indem dadurch besonders gefährdete Bereiche für Arbeitsschutzkontrollen identifiziert werden. Was die Sicherheit von KI-Lösungen betrifft steht Heil auf dem Standpunkt „Trust is a must - Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen KI-Einsatz. Auch bei der Einführung in der Verwaltung müssen die Beschäftigten und die Personalvertretungen deshalb von Anfang an mitgenommen werden.“ Wichtig sei, dass die Regulierung risikobasiert sei – also nur da eingreife, wo es notwendig sei. „Wir wollen KI ja nicht zu Tode regulieren, sondern auch die Chancen nutzen. Klar ist aber auch: KI darf nicht zur Überwachung und Ausbeutung von Beschäftigten führen.“ Ebenso klar sei, dass die Veränderungen rasend schnell kommen werden: „Die Zukunft beginnt jetzt.“

Alle Meldungen, Videos sowie Hintergrundinformationen zur Veranstaltung in Köln gibt es auf [dbb.de/jahrestagung](https://www.dbb.de/jahrestagung).

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Finanzministerium zum Tarifergebnis: Auszahlung wird vorbereitet

Die Landesregierung setzt den Tarifabschluss für seine Tarifbeschäftigten und die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten mit hohem Tempo um. Sie alle werden die von den Tarifparteien im Dezember vereinbarte Einmalzahlung in Höhe von 1800 Euro Ende Januar auf ihrem Konto haben, kündigte das Finanzministerium an.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Nordrhein-Westfalen erhalten die Einmalzahlung in Abhängigkeit zu ihrem maßgeblichen Ruhegehalts- und Anteilssatz. Für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende, Anwärterinnen und Anwärter sowie Unterhaltsbeihilfeempfängerinnen und -empfänger beträgt die Einmalzahlung 1000 Euro.

„Unser Landesamt für Besoldung und Versorgung hat sich hervorragend auf die Ausführung einer Einmalzahlung vorbereitet und den entsprechenden Programmiervorgang frühzeitig begonnen“, erklärt Finanzminister Marcus Optendrenk. „Gepaart mit unserer raschen Entscheidung, das Tarifergebnis 1:1 auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen, ermöglicht uns diese Vorarbeit eine Auszahlung schon im Januar. Damit ist Nordrhein-Westfalen bei der praktischen Umsetzung des Abschlusses im Ländervergleich ganz vorn dabei.“

Im Besoldungsbereich erfordert die Implementierung ein Gesetzgebungsverfahren. Das Gesetz über die Gewährung von Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise in den Jahren 2023 und 2024 soll nach Abschluss der Verbändeanhörung planmäßig am 30. Januar 2024 final vom Kabinett

beschlossen werden und dann zur parlamentarischen Beratung in den Landtag gehen. Minister Dr. Optendrenk: „Wir ziehen die Einmalzahlung als Abschlagszahlung vor – schneller geht es wirklich nicht.“ Auch die technische Vorbereitung für die Auszahlung der monatlichen steuerfreien Sonderzahlungen in Höhe von 120 Euro (50 Euro für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Studierende, Anwärterinnen und Anwärter sowie Unterhaltsbeihilfeempfängerinnen und -empfänger; anteilige Gewährung an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger) laufe derzeit bereits auf Hochtouren. Auch hier erhalten die rund 740.000 Berechtigten das Geld zum gleichen Zeitpunkt.

Die Zahlungen für Januar bis April werden gesammelt Ende April überwiesen, von da an bis einschließlich Oktober monatlich. Um die Einmalzahlung schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, wird diese außerhalb des regulären Bezügeabrechnungsverfahrens erfolgen. Die auf den Zeitraum Januar bis Oktober 2024 entfallenden weiteren monatlichen Sonderzahlungen sollen hingegen mit den regulären Bezügen abgewickelt werden, da eine gesonderte technische Umsetzung auch für diese Zahlungen in der Kürze der Zeit technisch nicht möglich gewesen wäre.

Niedersachsen

Besoldungsgespräche mit der Landesregierung stehen bevor

Nachdem die Tarifparteien im Dezember für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder nach langen Verhandlungen ein respektables Tarifergebnis erzielt haben, stehen jetzt die Besoldungsgespräche mit der niedersächsischen Landesregierung unmittelbar bevor.

Der NBB teilte am 6. Januar 2024 mit, dass im Laufe der kommenden Woche die Gewerkschaften mit der Landesregierung zusammenkommen, um die Details der inhalts- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses zu verhandeln und abzustimmen. Entsprechende Vorabsprachen mit dem Finanzministerium sind seitens des NBB in den vergangenen Wochen bereits erfolgt.

Klares Ziel des NBB laut nach wie vor, dass verhandelte Ergebnis 1:1 sowohl für die Beamten und Beamten, als auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger umzusetzen und dabei noch im Januar in die erste Auszahlung zu kommen. Der niedersächsische Finanzminister Gerald Heere hatte bereits im Dezember-Plenum im niedersächsischen Landtag eine entsprechende Umsetzung angekündigt. Im Rahmen der Besoldungsgespräche wird es nun um die Detailfragen gehen.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Erster Streik bei RTB CARGO

Während der Arbeitskämpfe bei der Deutschen Bahn, beim Transdev-Konzern und bei der City-Bahn Chemnitz bereits angelaufen ist, wird die GDL nun auch bei der RTB CARGO zum Streik aufrufen, teilte die Gewerkschaft am 11. Januar 2024 mit.

Der Unterschied zu den anderen Unternehmen sei, dass die GDL mit der RTB CARGO bisher noch keinen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es habe sich bereits bei den Auftaktverhandlungen im Dezember 2023 gezeigt, dass der Arbeitgeber ohne Druck nicht umdenken und auf die Forderungen der GDL eingehen will.

Aus diesem Grund wird die GDL Lokomotivführer, Disponenten, Ausbilder sowie Verwaltungsmitarbeiter bei der RTB CARGO von Donnerstag, 11. Januar 2024, um 16 Uhr, bis Freitag, 12. Januar 2024, um 14 Uhr, zu einem ersten Streik aufrufen.

Der Arbeitgeber weigerte sich bisher die marktüblichen GDL-Tarifverträge anzuwenden, die heute bei mehr als 60 Eisenbahnunternehmen gelten. „Die GDL-Mitglieder bei der RTB CARGO müssen auf die Straße, um Tarifbedingungen zu erkämpfen, die für die Masse der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner schon lange Realität sind“, so GDL Bundesvorsitzender und dbb Vize Claus Weselsky. „Dazu zählen: verbindliche Schichtpläne und Freizeit, soziale Schutzbestimmungen sowie eine marktgerechte Vergütung.“

Namen und Nachrichten

Schon vor Beginn der Bauernproteste wurde immer wieder vor einer Unterwanderung durch rechte Bewegungen gewarnt. Der Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft**

Der Arbeitgeber hat in der ersten Verhandlungsrunde am 15. Dezember 2023 kaum Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Nach seinen Vorstellungen soll es unter anderem bei einer 40-Stunden-Woche und neun Stunden Ruhezeit zwischen zwei Schichten bleiben. Verbindliche Schichtpläne lehnt er ebenfalls ab. „Nicht nur die Inflation der letzten Jahre treibt die Kollegen um“, so Weselsky. „Es geht um mehr und vor allem um mehr planbare Freizeit, weniger Belastung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Eine weitere Forderung der GDL ist nicht nur das heutige Marktniveau abzubilden, sondern auch jene Verbesserungen, die die GDL in der aktuell laufenden Tarifrunde erreicht hat – und noch erreichen wird – bei der RTB CARGO zum Tragen zu bringen. „Unsere Zielstellung ist nicht nur der Neuabschluss von Tarifverträgen, sondern auch die Vereinheitlichung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Das gilt auch für die RTB CARGO,“ betonte Weselsky.

(DPoIG), Rainer Wendt, sieht darin eine bewusste Diskreditierung der Landwirte. Bei WELT TV sagt er am 9. Januar 2024: „Ich fand dieses frühzeitige Framing böse.“ Das vollständige Interview gibt es auf www.welt.de

Termine:

24. Januar 2024

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

Deutsches Berufsbeamtentum und Menschenrechte – gab's da ein Problem?

Weitere Informationen unter www.dbb.de/dbb-forum-oeffentlicher-dienst

14. Februar 2024

Einkommensrunde Hessen: Auftakt

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

14. - 16. März 2024

Einkommensrunde Hessen: Verhandlungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde
